

Niederschrift
über die Sitzung des Seniorenrates
am 15.06.2022

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 09:00 Uhr

Ende: 12:50 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Aubke Vorsitzender

Herr Diekmann

Frau Gebhart

Herr Prof. Dr. Göpel

(bis 12:20 Uhr)

Frau Haas-Olbricht

Frau Huber

(bis 12:20 Uhr)

Herr Menzhausen

Frau Pohlreich

Herr Scholten

Frau Sielemann

Herr Sürken

Frau Wiemers

(Vertretung für
Frau Huber,
ab 12:21 Uhr)

Beratende Mitglieder

Frau Burg AG Wohlfahrtsverbände

(Vertretung für
Herrn Dr. Friedrich)

Herr Hölker FDP-Fraktion

(Vertretung für
Herrn Boge)

Frau Schmidt Alten- und Pflegeheime

Herr Holler-Göller Bündnis 90/Die Grünen-
Fraktion

Herr Jung CDU-Fraktion

Herr Pläßmann SPD-Fraktion

Herr Rieks Die Linke-Fraktion

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bäumer

Frau Klisa

Herr Sielemann

Frau Worms

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Meister Alten- und Pflegeheime

Verwaltung

Herr Adamski Umweltdezernent
Herr Cremer Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt
Frau Gäbel Büro für Integrierte Sozialpla-
nung und Prävention
Herr Hiltawsky Amt für soziale Leistungen
- Sozialamt -
Herr Mardmüller Amt für soziale Leistungen
- Sozialamt -
Herr Queste Amt für soziale Leistungen
- Sozialamt -
Herr Dr. Schmid Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt

Schriftführung

Herr Schloemann Amt für soziale Leistungen
- Sozialamt -

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Dr. Aubke begrüßt die Anwesenden zur 13. Sitzung des Seniorenrates und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Es gibt keine Änderungen zur Tagesordnung.

-.-.-

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner*innen anwesend.

-.-.-

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 12. Sitzung des Seniorenrates am 18.05.2022

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 12. Sitzung des Seniorenrates am 18.05.2022 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.1 Schreiben des Seniorenrates bzgl. der Öffnungszeiten der Bürgerberatung an den Oberbürgermeister

Vorsitzender Herr Dr. Aubke informiert, dass er auf Anregung des **Arbeitskreises „Gesundheit und Soziales“** ein Schreiben an Herrn Oberbürgermeister Clausen verfasst habe (**Anlage 1**). Das Büro des Oberbürgermeisters habe den Erhalt bestätigt und werde nach Rücksprache mit dem Fachamt antworten.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Rückblick Auftaktveranstaltung „Fit am Steuer“: Fahrsicherheitstraining für Senior*innen

Vorsitzender Herr Dr. Aubke teilt mit, dass das Fahrsicherheitstraining am 30.05.2022 erfolgreich durchgeführt wurde. Er bedauert,

dass es keinen Pressebericht über die Auftaktveranstaltung gegeben habe und teilt mit, dass es noch zwei weitere Termine für ein Fahrsicherheitstraining geben werde.

-.-.-

Zu Punkt 3.3 **Einladung zur Informationsrunde zur Vorbereitung der Barriere-Testungen**

Vorsitzender Herr Dr. Aubke verweist auf das als Tischvorlage ausliegende Einladungsschreiben (**Anlage 2**) zu einer Informationsveranstaltung am 27.06.2022 in der Neuen Schmiede.

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 6 **Klimanotstand Bielefeld: Stand der Klimawende**

Vorsitzender Herr Dr. Aubke begrüßt den Umweltdezernenten Herrn Adamski. Mit einer Präsentation (**Anlage 3**) informiert dieser die Anwesenden über den aktuellen Stand der Klimawende.

Vorsitzender Herr Dr. Aubke dankt Herrn Adamski für seine Ausführungen und bittet insbesondere die **Arbeitskreise „Gesundheit und Soziales“** sowie **„Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr“**, sich inhaltlich mit der Präsentation auseinanderzusetzen und Handlungsnotwendigkeiten des Seniorenrates zu prüfen. Ergänzend verweist er auf die am 18.09.2019 beschlossene Resolution „Für die Zukunft unserer Enkelkinder“, mit der sich der Seniorenrat dazu bekannt habe, die Ziele der „Fridays for future“-Bewegung zu unterstützen.

In der nachfolgenden Aussprache geht Herr Adamski auf Fragen und Anregungen von Frau Schmidt, Vorsitzendem Herrn Dr. Aubke, Herrn Bäumer, Herrn Diekmann, Herrn Jung, Herrn Prof. Dr. Göpel, Herrn Hölker, Herrn Holler-Göller und Herrn Scholten ein.

Herr Adamski teilt zunächst mit, dass Mitglieder des Seniorenrates

weiterhin zu Themen der **Kommunalen Gesundheitskonferenz**, welche die älteren Menschen in Bielefeld betreffen, eingeladen würden. Bei Umwelt- und Gesundheitsthemen sei darüber hinaus zusätzlich die Beteiligung der Zivilgesellschaft, z. B. über geeignete Plattformen, denkbar. Herr Adamski weist darauf hin, dass der Begriff „Klimanotstand“ keine Auswirkung auf bestehende gesetzliche Vorgaben, sondern lediglich symbolischen Charakter habe.

Das Problem des erhöhten Lkw-Verkehrsaufkommens in Heepen, bedingt durch die Klärschlamm-Monoverbrennungsanlage und die Müllverbrennungsanlage, sei der Verwaltung bekannt. Dennoch würden die Vorteile der Gewinnung von Fernwärme für Bielefeld durch diese Anlage überwiegen.

Für eine grundsätzliche Reduzierung des Autoverkehrs sei es notwendig, das ÖPNV-Angebot sowie das Radverkehrsnetz stetig weiter auszubauen. Pendler*innen, welche einen Schienenanschluss in ihrem Wohnort hätten, könnten die Bahn nutzen um die Stadt bequem zu erreichen. Da bis auf die Parkhäuser an den Kliniken die Parkhäuser in Bielefeld nicht voll ausgelastet seien, könne ebenso über den Rückbau von Parkflächen nachgedacht werden. Sofern die Verkehrsauslastung es zulasse, würden darüber hinaus vierspurige Straßen wie die Artur-Ladebeck-Straße der tatsächlichen Nutzung entsprechend angepasst.

In Bielefeld gebe es aktuell fünf Windvorzugsgebiete für Windkraftanlagen. Aufgrund der dichten Bebauung und einzuhaltender Mindestabstände seien keine weiteren Windvorzugsgebiete platzierbar. Neben den durch die Stadtwerke Bielefeld in den Außenbezirken und umliegenden Landkreisen betriebenen Windkraftanlagen gebe es daher nur die realistische Chance der klimaneutralen Energiegewinnung durch Photovoltaik-Anlagen auf allen geeigneten Dachflächen im Stadtgebiet.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden Herrn Dr. Aubke zum Stand der Entwicklung eines Hitzeaktionsplanes (HAP) für Bielefeld erklärt Herr Adamski, dass das Gesundheitsamt pandemiebedingt voll ausgelastet gewesen sei und die Arbeit daran aus diesem Grunde nicht weiterverfolgt werden konnte. Er habe jedoch mit dem Gesundheitsamt vereinbart, dass die Entwicklung eines HAP vorangetrieben werde. Leider müsse er jedoch darauf hinweisen, dass mit einer Beschlussfassung des fertigen HAP in diesem Jahr nicht zu rechnen sei.

Vorsitzender Herr Dr. Aubke dankt Herrn Adamski und bittet den **Arbeitskreis „Gesundheit und Soziales“** einen Antrag für die regelmäßige, wiederkehrende Erstellung eines Gesundheitsberichtes vorzubereiten.

-.-.-

Zu Punkt 7

Barrierefreie Standards der Stadt Bielefeld - 2. Lesung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3354/2020-2025

Vorsitzender Herr Dr. Aubke informiert, dass es mit dem **Beirat für Behindertenfragen** noch keinen Austausch über strittige Punkte der Beschlussvorlage gegeben habe. Er empfehle daher, die Entscheidung über die Beschlussvorlage weiter zu vertagen. Seitens der Anwesenden werden gegen diesen Vorschlag keine Einwände erhoben.

Herr Diekmann ergänzt, dass die Beschlussvorlage am 14.06.2022 im **Stadtentwicklungsausschuss** in 1. Lesung behandelt wurde. Der Vorsitzende des **Beirates für Behindertenfragen**, Herr Dr. Bruder, habe darauf hingewiesen, dass die Ausführungen nicht DIN gerecht seien. Die Verwaltung habe die Prüfung zugesichert.

- vertagt -

-.-.-

Zu Punkt 8

Fortschreiben des schlüssigen Konzeptes – neue Kosten der Unterkunft ab 01.06.2022

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4109/2020-2025

Herr Mardmöller erklärt zunächst, dass sich die Kosten der Unterkunft aus der Netto-Kaltmiete zzgl. der kalten Betriebskosten zusammensetzen. Sowohl im SGB II als auch im SGB XII gebe es den Begriff der angemessenen Unterkunftskosten. Bis zu dieser Höhe sei die Verwaltung verpflichtet, die Miete anzuerkennen. Sofern die Unterkunftskosten höher ausfallen, würden Transferleistungsbeziehende aufgefordert, ihre Miete zu senken oder in eine bzgl. der Höhe der Unterkunftskosten angemessene Wohnung umzuziehen.

Vorsitzender Herr Dr. Aubke dankt Herrn Mardmöller für seine Ausführungen. In der nachfolgenden Diskussion werden Anmerkungen und Nachfragen von Frau Gebhart, Frau Schmidt, Herrn Holler-Göller, Herrn Prof. Dr. Göpel und Herrn Plaßmann beantwortet.

Die Kosten der Unterkunft würden regelmäßig alle zwei Jahre fortgeschrieben, so würde der dynamischen Entwicklung der Mietkosten Rechnung getragen. Ein kürzeres Intervall sei aufgrund des hohen Aufwandes und der Personalstärke nicht machbar. Der Verwaltung liegen keine Daten darüber vor, weshalb die kalten Betriebskosten im sozialen Wohnungsbau häufig höher ausfielen als im normalen Wohnungsbau. Seit 2020 habe die Verwaltung die

Pflicht des Wohnungswechsels bei aktuell unangemessenen Mietkosten pandemiebedingt ausgesetzt. Die Verwaltung fordere auch nicht dazu auf, die Wohnung zu wechseln, sondern die Mietkosten zu senken. Transferleistungsbeziehenden Menschen würden entsprechende Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. Bei Alleinerziehenden mit einem Kind sei bspw. eine Wohnungsgröße von 75 m² angemessen.

- Der Seniorenrat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 9

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern für den Zeitraum 2023 - 2025

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3999/2020-2025/1

Herr Queste erläutert, dass die Mittel der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (LuF) zur Teilfinanzierung von Beratungsangeboten der freien Träger*innen dienen. Die für die nächsten drei Jahre abgeschlossenen Finanzierungsvereinbarungen würden, sofern diese nicht verlängert werden, automatisch mit Ende der Finanzierungsperiode auslaufen. Um die Planungssicherheit bei den Trägern sicherzustellen, bedürfe es bereits jetzt einer Entscheidung der politischen Gremien. Dabei gäbe es eine große Gruppe von Bestandsverträgen, deren Finanzvolumen unverändert in die neue Vertragsperiode überführt würde. Im Rahmen der vertraglichen Regelungen würden dann tarifliche Steigerungen sowie Sachkostensteigerungen übernommen. Herr Queste verweist auf die als Tischvorlage (**Anlage 4**) ausliegende Antwort der Verwaltung zu den Fragen des Seniorenrates zur Beschlussvorlage und erläutert diese.

Vorsitzender Herr Dr. Aubke dankt Herrn Queste für seine Ausführungen und eröffnet die Diskussion.

Frau Huber und Herr Prof. Dr. Göpel beanstanden, dass der Anlage A der Beschlussvorlage keine Förderbeträge zu entnehmen seien. Bis zum Erhalt der Antwort der Verwaltung sei für Frau Huber nicht ersichtlich gewesen, ob die einzelnen Maßnahmen der letzten Finanzierungsperiode eins zu eins übertragen worden seien. Herr Queste weist darauf hin, dass aus datenschutzrechtlichen Gründen keine Beträge genannt wurden, was auch dem Wunsch einiger einzelner Träger*innen entspreche.

Auf Nachfrage zu der Förderung der Quartiersarbeit im Bielefelder Modell nach Anlage C erklärt Herr Queste, dass von ursprünglich 10 geplanten, mit je 8.000 € geförderten Projekten, neun umgesetzt worden seien. Entsprechend gebe es die Möglichkeit, noch ein weiteres Projekt mit 8.000 € zu fördern. Anteile für die Seniorenarbeit

wären in den bereitgestellten Fördermitteln enthalten.

Herr Queste erläutert, dass das Dialogische Verfahren ein wichtiges Instrument des Controllings der Vereinbarungen zwischen den freien Träger*innen und der Verwaltung sei. Vorsitzender Herr Dr. Aubke verweist auf einen Beschluss des Rates der Stadt Bielefeld zu den LuF, wonach die Ergebnisse des Dialogischen Verfahrens den Ratsgremien vorgelegt werden müssten. Er merkt an, dass es kein dialogisches Verfahren unter Beteiligung des Seniorenrates zur offenen Seniorenarbeit gegeben habe. Herr Queste weist darauf hin, dass dies bisher so nicht vorgesehen sei. Vorsitzender Herr Dr. Aubke schlägt vor, den Beschlussvorschlag zu Punkt 11 daher wie folgt zu ergänzen:

„Im Rahmen des dialogischen Verfahrens ist der Seniorenrat bei der offenen Seniorenarbeit im Sinne einer kritischen Evaluation bestehender Angebote sowie der Identifizierung von bestehenden Defiziten mit einzubinden.“

Seitens der Anwesenden werden gegen diese Ergänzung keine Einwände geäußert.

Unter Berücksichtigung der Ergänzung zu Punkt 11 der Beschlussvorlage ergeht folgender

Beschluss:

Der Seniorenrat empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen, zu beschließen:

- 1. Das bewährte System der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (LuF) zwischen der Stadt Bielefeld und den freien Träger*innen der Jugendhilfe und der Sozialen Arbeit wird in den Jahren 2023-2025 weitergeführt. Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Anlage A aufgeführten Bestandsverträge mit den freien Träger*innen für drei weitere Jahre abzuschließen.**
- 2. Die in der Anlage B aufgeführten Angebote wurden bislang über das Integrationsbudget finanziert und sind in der mittelfristigen Finanzplanung der nachfolgenden Jahre bereits berücksichtigt. Die Verwaltung wird beauftragt, auch hierüber Verträge für die Jahre 2023-2025 abzuschließen und diese damit in das Regelsystem der LuF aufzunehmen.**
- 3. In der Anlage C werden weitere Veränderungen dargestellt, die sich in der laufenden Vertragsperiode ergeben haben. Es handelt sich dabei um Angebote, die**
 - a. zusätzlich aufgrund bereits vorliegender politischer Be-**

schlüsse in das LuF-System aufgenommen wurden und

- b. die aus einer Zuschussfinanzierung erstmalig in das LuF-System aufgenommen werden sollen.**

Für b. entstehen dadurch im Haushaltsjahr 2023 Mehrkosten in Höhe von ca. 5.000 €/Jahr aufgrund der im LuF-System vorgesehenen Dynamisierung der Vertragssummen, die im Rahmen der Beschlussfassung zum Haushalt 2023 bereitgestellt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, auch diese Verträge für die Jahre 2023-2025 zu verlängern beziehungsweise abzuschließen.

- 4. In der Anlage D sind Angebote enthalten, für die bereits politische Beschlüsse vorliegen bzw. deren Aufnahme bzw. Aufstockung im LuF-System unabdingbar sind. Die Mehrausgaben in Höhe von 895.000 € im Jahr 2023 sind im Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 zu berücksichtigen. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Vereinbarungen zu schließen.**
- 5. Die Verwaltung wird beauftragt, den Fachausschüssen gegenüber bis zu den jeweiligen ersten Sitzungen nach der Sommerpause eine fachliche Einschätzung zur Notwendigkeit und Dringlichkeit der von den Trägern beantragten und in der Anlage E aufgeführten Anpassungen der Finanzierung und / oder der Leistung abzugeben.**
- 6. Für die Übernahme der zusätzlichen Kosten von bereits angestoßenen Projekten, unter anderem für das Betreiben der neuen Stadtteilzentren, sind zu gegebener Zeit Beschlussvorlagen in die politischen Gremien einzubringen. Eine Aufnahme in das Regelsystem der LuF wird angestrebt.**
- 7. Für die Ausfertigung der LuF wird der für die letzte Vertragsperiode abgestimmte Vertragstext genutzt, sodass die darin befindlichen Regelungen zu den Steigerungen bei den Personal- und Sachkosten sowie auch die Übertragungsmöglichkeit von Verlusten und Gewinnen in das Folgejahr unverändert Anwendung finden.**
- 8. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Vertragspartner*innen durch Abfrage eine Darstellung über deren Tarifierung zu schaffen. Die Informationen werden in nichtöffentlicher Sitzung den Fachausschüssen präsentiert. Eine tarifliche Bindung bzw. die Anwendung von Tarifverträgen bei allen Träger*innen wird mittelfristig angestrebt.**
- 9. Zusammen mit den Vertragspartner*innen werden die Er-**

fahrungen aus der Leistungserbringung in der Corona-Krise ausgewertet. Erfahrungen aus der Umsetzung des Corona-Aktionsplans werden bei der Weiterentwicklung der Angebote berücksichtigt, soweit dies fachlich sinnvoll bzw. geboten ist.

10. Die Verwaltung wird beauftragt, die inhaltlich gesetzten Schwerpunktthemen „Umweltschutz, Medienkompetenz und Diversität“ gemeinsam mit den Vertragspartner*innen weiterzuentwickeln und umzusetzen. Dabei sind auch quartiersorientierte Ansätze und eine verstärkte Einbeziehung von Migrant*innenorganisationen zu prüfen. Die Verwaltung wird gebeten, im Rahmen der dialogischen Verfahren konkrete Umsetzungsschritte zu vereinbaren.

11. Die dialogischen Verfahren während der Vertragsperiode werden in den Bereichen Senior*innenarbeit, Offene Kinder- und Jugendarbeit, Frauenprojekte, zielgruppenübergreifende Quartiersarbeit und Sucht fortgesetzt. Die Angebote im Bereich Selbsthilfe werden neu in das dialogische Verfahren aufgenommen.

Im Rahmen des dialogischen Verfahrens ist der Seniorenrat bei der offenen Seniorenarbeit im Sinne einer kritischen Evaluation bestehender Angebote sowie der Identifizierung von bestehenden Defiziten mit einzubinden.

12. Die Verwaltung wird in den Fachausschüssen über die fachlichen Herausforderungen und inhaltlichen Weiterentwicklungen in den jeweiligen Handlungsfeldern informieren.

Die Verwaltung wird in den Fachausschüssen über die fachlichen Herausforderungen und inhaltlichen Weiterentwicklungen in den jeweiligen Handlungsfeldern informieren.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

...-

Zu Punkt 10

Marktgespräche - strukturierter Fragenkatalog

Vorsitzender Herr Dr. Aubke weist zunächst darauf hin, dass die Mitglieder des Seniorenrates sich im Rahmen der Klausurtagung für eine offensivere Kontaktaufnahme mit der Bevölkerung ausgesprochen hätten. Der **Arbeitskreis „Öffentlichkeitsarbeit“** habe daher den als Tischvorlage (**Anlage 5**) ausliegenden Entwurf eines Fragenkataloges für Gespräche mit Senior*innen formuliert. Dieser könne als Gesprächshilfe dienen, um Erkenntnisse über die Bedürfnisse der Senior*innen zu erlangen um die politische Arbeit des Seniorenrates entsprechend weiterentwickeln zu können.

Frau Klisa und Frau Wiemers regen an, den Fragenkatalog als Fragebogen mit Leerzeilen für Gesprächsnotizen zu überarbeiten. Frau Gebhart unterstützt diesen Vorschlag, weist jedoch darauf hin, dass es entscheidend sei, ein Gespräch zu führen und keine Abfrage zu machen. Herr Menzhausen teilt die Einschätzung von Frau Gebhart zu den Vorzügen eines Gespräches.

Herr Sielemann spricht sich dafür aus, für die Kontaktaufnahme die Wochenmärkte zu nutzen. Hier könnten viele Senior*innen angesprochen werden. Herr Jung bringt ein, dass es sinnvoll wäre, ebenso die Vereine im Stadtteil anzusprechen. Es gebe häufig Frauen- und Männervereine, in denen viele Senior*innen Mitglied seien. Vorsitzender Herr Dr. Aubke weist darauf hin, dass den Mitgliedern des Seniorenrates als Eyecatcher für einen Informationsstand auch Roll-Up-Banner zur Verfügung stehe. Darüber hinaus habe er sich beim Ordnungsamt erkundigt, ob ein Informationsstand des Seniorenrates auf einem öffentlichen Platz einer Sondernutzungsgenehmigung bedarf. Das Ordnungsamt habe ihm mitgeteilt, dass der Seniorenrat als politisches Gremium einen Antrag auf Sondernutzung beim Amt für Verkehr stellen müsse. Zuständig sei Frau Bobbart, Tel.: (0521) 51-2745.

Vorsitzender Herr Dr. Aubke appelliert an die Mitglieder des Seniorenrates, von der Möglichkeit Gespräche in den Stadtteilen zu führen, regen Gebrauch zu machen.

-.-.-

Zu Punkt 11

Berichte aus Ausschüssen, Arbeitskreisen, von beratenden Mitgliedern sowie aus den Bezirksvertretungen

- Aus der Sitzung des **Stadtentwicklungsausschusses** vom 14.06.2022 berichtet Herr Diekmann. Zentrales Thema sei der Jahnplatzumbau gewesen. Für die Nutzung als Fahrradparkhaus habe die Stadt Bielefeld das Baubüro für zunächst fünf Jahre angemietet. Die Nachtrags-Beschlussvorlage zur Beendigung der Nutzung von E-Scootern im "Free-Floating-Verfahren", Drucksachen-Nr. 3578/2020-2025/1, sei mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Vorsitzender Herr Dr. Aubke bittet den Arbeitskreis, unter Berücksichtigung der Urteile des Verwaltungsgerichtes Münster eine Anfrage an die Verwaltung vorzubereiten. Frau Gäbel teilt mit, dass der Stadtentwicklungsausschuss darüber hinaus das Konzept „Gemeinschaftliches Wohnen“ aus der **Lenkungsgruppe „Alter(n) gestalten“** als Handlungsempfehlung, u. a. für die Baulandstrategie, beschlossen habe. Vorsitzender Herr Dr. Aubke bittet den **Arbeitskreis „Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr“** für die Sitzung am 17.08.2022 einen Bericht zum Konzept Verkehrswende vorzubereiten. Weiterhin appelliert er an die Mitglieder zu erwägen, ob diese sich nicht in dem personell dünn besetzten Arbeitskreis

engagieren möchten.

- Frau Huber informiert über Aktuelles aus dem **Arbeitskreis „Gesundheit und Soziales“**. Thema der letzten Sitzung sei das Fahrsicherheitstraining für Senior*innen gewesen, über welches Frau Huber einen Artikel für die Zeitschrift Monokel verfassen werde. Daneben werde der Arbeitskreis ein Dankeschreiben an die Leiter*in der VHS sowie Herrn Dr. Witthaus und Herrn Nürnberger formulieren, in welchem auf die Wichtigkeit der breiten Information über die Schulungsangebote der VHS für Analphabet*innen verwiesen werde. Bezüglich des „Grauen Pflegemarktes“ habe sich Frau Burg dazu bereit erklärt, als Basis für die weitere Diskussion im Arbeitskreis Eckpunkte hierzu zu sammeln. Darüber hinaus bereite sich der Arbeitskreis auf die öffentliche Veranstaltung des Seniorenrates am 20.10.2022, 15:00 Uhr im Großen Saal vor. Vorsitzender Herr Dr. Aubke bittet alle Mitglieder, den Termin frei zu halten und daran teilzunehmen.
- Aus der **Arbeitsgruppe „Quartiersentwicklung“** teilt Herr Prof. Dr. Göpel mit, dass die Mitglieder der Arbeitsgruppe nach einer ersten Gesprächsrunde entschieden hätten, mit dem Ziel der Abwägung der Bildung eines Arbeitskreises zwei weitere Gesprächsrunden abzuhalten. Herr Prof. Dr. Göpel werde über das Ergebnis berichten.
- Frau Schmidt informiert, dass der **Arbeitskreis „Wohnen und Pflege im Alter“** aktuell den in der letzten Sitzung des Seniorenrates vorgestellten Flyer bearbeite.
- Herr Sürken berichtet aus der **Bezirksvertretung Mitte**. In der letzten Sitzung sei u. a. die Fahrradstraßenverbindung Ehlen-truper Weg/Rohrteichstraße behandelt worden. Darüber hinaus habe sich die Bezirksvertretung Mitte für die Errichtung von Bänken auf dem Jahnplatz ausgesprochen. Diese würden zur Eröffnung des Jahnplatzes am 20.08.2022 für die Bürger*innen zur Verfügung stehen.

Vorsitzender Herr Dr. Aubke erinnert an seine Bitte, dass die in die Bezirksvertretungen entsandten Mitglieder mögliche, bedarfsgerechte Standorte für Senior*innengerechte Parkbänke in ihren Bezirken prüfen und ihm diese übermitteln. Herr Sürken weist darauf hin, dass er dem Vorsitzenden Herrn Dr. Aubke bereits mitgeteilt habe, dass es ihm nicht möglich sei, bedarfsgerechte Vorschläge für den Bezirk Mitte zu unterbreiten. Ohne Bürger*innenbeteiligung wäre dies nur schwer möglich. Er rege daher an, die Informationsstände des Seniorenrates zu nutzen und Bürger*innen nach konkreten Vorschlägen zu befragen. Herr Sielemann teilt mit, dass für den Bezirk Schildesche bezüglich möglicher Standorte für Bänke zunächst Rücksprache mit dem/der Bezirksgärtner*in halten werde.

- Frau Sielemann berichtet, dass sie als Vertreterin des Seniorenrates am **Runden Tisch Vilsendorf** teilgenommen habe, was dieser ausdrücklich begrüße.
- Herr Menzhausen teilt mit, dass der **Arbeitskreis „Kultur, Weiterbildung, Schule und Sport“** sich bei einem Besuch der Musik- und Kunstschule über das dortige Angebot informiert habe.
- Aus dem **Arbeitskreis „Digitalisierung“** informiert Frau Worms, dass sich dieser am 07.06.2022 im PIKSL-Labor Bielefeld getroffen habe. PIKSL bedeute Personenzentrierte Interaktion und Kommunikation für mehr Selbstbestimmung im Leben. Dem Arbeitskreis sei das Labor über das Digitalisierungsbüro empfohlen worden. Um das PIKSL-Labor bekannter zu machen empfehle der Arbeitskreis die Vorstellung in einer der nächsten Sitzungen des Seniorenrates.
- Frau Gäbel und Vorsitzender Herr Dr. Aubke berichten über Aktuelles aus dem **Arbeitsprozess „Alter(n) gestalten“**. Sitzungen der Lenkungsgruppe werde es zukünftig nicht mehr geben. Viele Arbeitsgruppen aus dem Arbeitsprozess seien zum Abschluss gebracht worden, wie z. B. im Bereich Wohnen das Konzept „Gemeinschaftliches Wohnen“. Im Bereich Digitalisierung entwickle das Digitalisierungsbüro eine Quartiersplattform. Weiterhin laufe im Bereich Vereinsamung ein neues Projekt der Sozialarbeit über alternative Zugangsmöglichkeiten zu bedürftigen Menschen an. Die Fachgruppe Pflege habe eine Befragung der Universität Bielefeld zur Situation in der ambulanten Pflege initiiert. Als Problemfelder seien der fehlende Austausch mit den ambulanten Pflegediensten, die Parksituation bei den zu pflegenden Menschen sowie die Kommunikation mit den Hausärzten genannt worden. Die Verwaltung habe hierzu bereits Lösungen entwickelt bzw. arbeite aktuell an Lösungen. Die Arbeitsgruppe „Armut im Alter“ habe viele kleine Maßnahmen wie z. B. der vereinfachte Zugang zum Bielefeld-Pass durch Erweiterung des Personenkreises sowie einen Informationsflyer und eine Kampagne zur Grundsicherung im Alter auf den Weg gebracht. Bezüglich der Kampagne sei die Verwaltung im Gespräch mit der Stiftung Solidarität. Zukünftig werde es ein Mal im Jahr ein Treffen aller Arbeitsgruppen geben, in welchem Schwerpunktthemen festgelegt würden. Vorsitzender Herr Dr. Aubke resümiert, dass die drei Jahre Arbeit vieles positiv verändert hätten.
- Herr Jung berichtet, dass die **Bezirksvertretung Jöllenberg** den Bebauungsplan für das Baugebiet "Blackenfeld" beschlossen habe.

-.-.-

Zu Punkt 12 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Zu Punkt 12.1 **Digitalisierungsausschuss: Drucks.-Nr. 3968/2020-2025/1 „Sicherstellung einer analogen Zugangsmöglichkeit zu digitalen Angeboten“**

Vorsitzender Herr Dr. Aubke verweist auf den als Tischvorlage (**Anlage 6**) ausliegenden Beschlussauszug. Herr Sielemann ergänzt, dass der Digitalisierungsausschuss einen vom Beschlussvorschlag des Seniorenrates abweichenden Beschluss gefasst habe. Vorsitzender Herr Dr. Aubke hält fest, dass mit dem Beschluss, analoge Zugangsmöglichkeiten zu bürgernahen Dienstleistungen bereit zu halten, jedoch der ursprünglichen Intention des Beschlussvorschlages des Seniorenrates gefolgt werde. Er werde nach Beschluss im Rat der Stadt Bielefeld eine Pressemitteilung hierzu verfassen.

Vorsitzender Herr Dr. Aubke stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Dr. Aubke
(Vorsitzender)

Schloemann
(Schriftführer)